

Antrag

der Abgeordneten Christoph de Vries, Constance Manzke (CDU)
und Fraktion vom 09.09.2009

Betr.: Besseres Bewusstsein für Waren aus fairem Welthandel schaffen

Der ungeheure Preiskampf insbesondere unter den Discountern führt für die Verbraucher in Deutschland zu erfreulich niedrigen Preisen.

Leider erhalten Arbeiter, Bauern oder Handwerker in den Erzeugerstaaten in Asien, Afrika und Lateinamerika für ihre harte Arbeit oftmals nur Niedrigstlöhne. Ca. 2 Millionen Menschen erhalten für ihre Vollzeittätigkeit nicht einmal einen Tagessatz von 2 Dollar.

Um für eine angemessenere Entlohnung zu sorgen, haben sich „Fairtrade“-Vereine und Unternehmen gegründet. In Deutschland sind mittlerweile mehr als 50.000 Ehrenamtliche und eine zunehmende Zahl Hauptamtlicher im „fairen Handel“ aktiv, etwa die Fair-Handels-Organisationen (ATOs) „GEPA“, „BanaFair“, „dwp“ und „El Puente“. Die „fair gehandelten“ Produkte werden im Supermarkt, auf Märkten oder Messen sowie durch Vereine oder Kirchen angeboten.

Seit der Einführung des unabhängigen, internationalen „Fairtrade-Siegels“ 1992 ist der Anteil an „fair gehandelten“ Produkten stetig angestiegen. Im Jahr 2007 betrug der Umsatz für „fair gehandelte“ Produkte weltweit 2 Milliarden Euro. In Deutschland hat sich der Absatz von „fair gehandelten“ Produkten in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Weltweit profitieren inzwischen mehr als 7,5 Millionen Menschen vom „fairen Handel“.

Um auf die Problematik der Niedrigstlöhne in einigen Teilen der Welt und um auf Unternehmen, Vereine und Organisationen hinzuweisen, die „fair gehandelte“ Produkten anbieten, sollte das Fachamt für Verbraucherschutz eine öffentliche Kampagne mit einer Informationsbroschüre für die Verbraucher über „Fairtrade“ durchführen.

Dies vorausgeschickt, möge die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließen:

1. Das Fachamt für Verbraucherschutz erstellt eine Verbraucherinformation, die in den Kundenzentren in Hamburg-Mitte ausgelegt wird, mit dem Ziel, die Hintergründe der „fair gehandelten“ Produkte bekannt zu machen und das Bewusstsein in der Bevölkerung zwecks stärkerer Nachfrage dieser Produkte zu schärfen.
2. Das Informationsblatt wird vorab mit dem Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit abgestimmt.